

Eberswalde, 22.10.2024

## Niederschrift

### 157. Vorstandssitzung am 17.10.2024 - öffentlicher Teil -

**Zeit:** 16.00 Uhr – 17.20 Uhr

**Teilnehmer:** siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)

#### Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung (Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung)
2. Niederschrift der 156. Sitzung
3. Haushaltsangelegenheiten
  - Stand des Haushaltsvollzugs 2024
  - Jahresabschluss 2022
  - Haushaltsentwurf 2025
4. Vorbereitung der 43. Regionalversammlung
5. MORO – Grenzüberschreitende Synergien von Raumordnung und Wasserwirtschaft im Einzugsgebiet der Oder
6. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Niederschrift der 156. Sitzung
2. Personalangelegenheiten
3. Verschiedenes

#### **Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung (Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung)**

**Herr Kurth** eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Dr. Zimmermann von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung als Nachfolger von Herrn Feskorn sowie Herrn Ziemke als neuen Regionalrat. Er stellt die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 5 stimmberechtigte Vorstandsmitglieder anwesend. Anschließend weist Herr Kurth darauf hin, dass zur Erstellung der Niederschrift von dieser Sitzung eine Tonaufzeichnung angefertigt werde und lässt über die Tagesordnung abstimmen.

***Der Tagesordnung wird zugestimmt.***

***(Einstimmig)***

#### **Zu TOP 2: Niederschrift der 156. Sitzung**

**Herr Kurth** informiert darüber, dass bisher keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 156. Sitzung des Regionalvorstandes am 21.05.2024 eingegangen seien und diese damit als bestätigt gelte.

### **Zu TOP 3: Haushaltsangelegenheiten**

- Stand des Haushaltsvollzugs 2024

**Frau Dittmann** weist eingangs darauf hin, dass den anwesenden Vorstandsmitgliedern eine vereinfachte Übersicht über den Stand der Finanzen per 07.10.2024 als Tischvorlage bereitgestellt sei (**Anlage 2**). Anschließend geht Sie einzelne Positionen kurz durch und erläutert diese (**Anlage 3**).

**Herr Kurth** erteilt Frau Dittmann nochmals das Wort, da es keine Fragen zum Stand des Haushaltsvollzuges gibt.

- Jahresabschluss 2022

**Frau Dittmann** sagt, dass der Abschlussbericht und der Prüfbericht allen Mitgliedern und Stellvertretern des Regionalvorstandes mit den Einladungsunterlagen zu dieser Sitzung zugegangen sei und dass sie dazu noch einige Ausführungen machen werde (**Anlage 4**).

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Barnim empfiehlt der Regionalversammlung die uneingeschränkte Entlastung des Vorsitzenden und des Vorstandes.

**Herr Kurth** dankt Frau Henze und dem Team der Regionalen Planungsstelle für den positiven Prüfbericht. Er weist darauf hin, dass man dazu angehalten sei, die vorhandenen Rücklagen sukzessive abzubauen. Insofern sei es folgerichtig, dass man das HH-Jahr 2022 mit einem negativen Abschluss beende.

**Herr Knaak-Reichstein** fragt, ob es normal sei, dass die Finanzausstattung ab 2025 vom MIL jetzt noch nicht bekannt sei, oder ob dies mit dem Wahljahr zu tun habe.

**Herr Dr. Zimmermann** erklärt, dass der Landeshaushalt noch nicht beschlossen wäre, aber dass man davon ausgehen könne, dass die Zuweisungen konstant blieben.

**Herr Kurth** verliest den Beschlussantrag Nr. 157.01 und lässt anschließend darüber abstimmen.

**„Der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.  
Der Rechnungsprüfbericht für das Jahr 2022 wird der 43. Regionalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.“ (Anlage 5)**

**(Einstimmig dafür)**

- Haushaltsentwurf 2025

**Frau Dittmann** informiert darüber, dass allen Vorstandsmitgliedern mit den Einladungsunterlagen die HH-Satzung 2025 mit dem HH-Plan zur Verfügung gestellt worden sei. Sie sagt, dass man bei der Planung davon ausgegangen sei, dass die Landeszuweisung für das Jahr 2025 in der gleichen Höhe wie im Jahr 2024 ausfallen werde (653.200 EUR). Anschließend gibt Frau Dittmann noch einige Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2025 und den Projekten (**Anlage 6**).

**Herr Kurth** dankt Frau Dittmann für ihre Ausführungen und fasst das Gesagte nochmals kurz zusammen. Er fragt nach, ob es Hinweise zum Haushalt 2025 gebe.

**Herr Knaak-Reichstein** merkt bezüglich der Zuwendungen vom Land an, dass diese doch eigentlich nicht konstant bleiben dürften, sondern dass diese durch steigende Lohnkosten etc. erhöht werden müssten. Er fragt, wer darüber entscheide, dass diese Zuwendungen konstant blieben und nicht angepasst werden müssten.

**Herr Kurth** konstatiert, dass man derzeit noch die Möglichkeit habe, darüber mit Herrn Genilke zu sprechen.

**Herr Christoffers** schlägt vor, dass der Vorstand der Regionalen Planungsgemeinschaft an Herrn Genilke ein Schreiben verfassen solle und darauf verweisen, dass im Zusammenhang mit der mittelfristigen Planung mit Sicherheit Personalkosten angepasst werden müssten. Eine Kopie des Schreibens sollte man an das Finanzministerium schicken, mit der Bitte um Beachtung bei der künftigen Haushaltsaufstellung unabhängig davon, ob die Abteilung jetzt beim MIL bleibe oder nicht. Denn er könne sich nicht vorstellen, dass eine Anpassung der Personalbedarfsplanung auch in der Höhe nicht stattfindet. Er finde es aber richtig, dass man erst einmal mit gleichbleibender Höhe der Zuwendungen gerechnet habe.

**Frau Hoppe** führt aus, dass sie mit dem Land bezüglich der Anpassung und einer moderaten Steigerung der Personalkosten keine guten Erfahrungen gemacht habe. Sie sei aber der Meinung, dass man trotzdem ein solches Schreiben verfassen sollte.

**Herr Kurth** merkt dazu an, dass man sich erstens dazu verständigen könnte, alle anderen Regionalen Planungsgemeinschaften mit ins Boot zu nehmen und an der Stelle eine Initiative zu entwickeln. Des Weiteren schlage er diesem Gremium vor, dieses Schreiben auch an die sich in Sondierung befindlichen bzw. in Koalitionsverhandlungen eintretenden drei demokratischen Fraktionen im Landtag zu senden.

Herr Kurth fasst abschließend kurz zusammen, dass man sich dazu mit den anderen Planungsstellen verständigen sollte und das Schreiben nicht nur an das MIL/Finanzministerium zu schicken, sondern auch an die Fraktionsspitzen der drei Parteien.

**Herr Kurth** verliest den Beschlussantrag Nr. 157.02 und lässt anschließend darüber abstimmen.

**„Die Haushaltssatzung 2025 wird gemäß anliegendem Entwurf vom 17.10.2024 erstellt und der 43. Regionalversammlung zur Bestätigung vorgelegt.“ (Anlage 7)**

**(Einstimmig dafür)**

#### **Zu TOP 4: Vorbereitung der 43. Regionalversammlung am 06.11.2024**

**Frau Henze** sagt, dass aufgrund der Kommunalwahlen vom Juni eine Neukonstituierung der Regionalversammlung stattfindet. Dazu sei zunächst anzumerken, dass nunmehr alle hauptamtlichen Amtsdirektoren und Bürgermeister jetzt geborene Regionalräte seien. Früher habe es eine Einwohnergrenze von 5.000 gegeben; diese sei mit der Gesetzesänderung von 2021 gefallen. Somit seien in der Uckermark sechs Amtsdirektoren und Bürgermeister dazugekommen.

Darüber hinaus seien durch die Neubesetzung der Kreistage auch die von den Fraktionen in die Regionalversammlung zu entsendenden Vertreter neu bestimmt worden. Die Regionale Planungsgemeinschaft sei per Gesetz angehalten, im November die Konstituierung der Regionalversammlung zu vollziehen. Der Terminvorschlag dafür sei der 6. November 2024 im Plenarsaal der Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau.

Aufgrund der gemeinsamen Entscheidung der beiden Landräte habe man eine Stärke von 56 Mitgliedern in der Regionalversammlung beschlossen. Dies sei der Ausgleich der Stimmenverhältnisse durch die sechs neuen Mitglieder aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten. Es sei gesetzlich vorgeschrieben, dass die Vertreter der Kreistage plus die Landräte eine Mehrheit in der Regionalversammlung haben müssen. Abschließend weist Frau Henze darauf hin, dass Landräte/Landrätinnen per Gesetz für den Vorsitz in der Regionalversammlung vorgesehen seien.

**Frau Dörk** sagt, dass sie Herrn Kurth bereits darum gebeten habe, weiterhin den Vorsitz der Regionalversammlung zu übernehmen.

Herr Kurth verliest den Beschlussantrag Nr. 157.03 und lässt anschließend darüber abstimmen.

**„Die 43. Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim findet am 06.11.2024, um 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Kreisverwaltung Uckermark, Karl-Marx-Str. 1, in 17291 Prenzlau statt.“ (Anlage 8)**

**(einstimmig dafür)**

Herr Kurth verliest den Beschlussantrag Nr. 157.04 und lässt anschließend darüber abstimmen.

**„Für die 43. Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim am 06.11.2024, um 16.00 Uhr im Plenarsaal der Kreisverwaltung Uckermark, Karl-Marx-Str. 1, 17291 Prenzlau, wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Anwesenheit, Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnung und dazu vorliegende Anträge**
- 3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**
- 4. Niederschrift der 42. Regionalversammlung vom 21.05.2024**
- 5. Tätigkeitsbericht der Regionalen Planungsstelle**
- 6. Jahresabschluss 2022, Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden der Regionalen Planungsgemeinschaft**  
**BA 05/2024 – Bestätigung des Jahresabschlusses 2022**  
**BA 06/2024 – Entlastung des Vorstands und des Vorsitzenden für das HH-Jahr 2022**
- 7. Wahlverfahren zur Wahl des Vorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft und seiner Stellvertreter und Wahl der Wahlkommission**  
**BA 07/2024 – Wahlverfahren für die Wahl des Vorstandes der RPG und seiner Stellvertreter**
- 8. Wahl des Vorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft und seiner Stellvertreter**
  - 8.1 Wahl der oder des Vorsitzenden der Regionalversammlung**
  - 8.2 Wahl der oder des 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Regionalversammlung**
  - 8.3 Wahl der oder des 2. stellvertretenden Vorsitzenden der Regionalversammlung**
  - 8.4 Wahl eines weiteren Vorstandsmitgliedes aus dem Kreis der geborenen Regionalräte**
  - 8.5 Wahl der 3 Vorstandsmitglieder aus dem Kreis der gewählten Regionalräte**
  - 8.6 Wahl der 7 stellvertretenden Mitglieder des Regionalvorstandes**
  - 8.7 Wahl der oder des Vorsitzenden des Planungsausschusses – deklaratorischer Beschluss**
- 9. Wahl der Mitglieder des Regionalen Planungsrates**
  - 9.1 Wahl eines Mitgliedes des Regionalen Planungsrates**
  - 9.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Regionalen Planungsrates**

**10. Haushaltssatzung 2025**

**BA 08/2024 – Beschluss zur Haushaltssatzung 2025**

**11. Wahl der Mitglieder des Planungsausschusses und ihrer Stellvertreter**

**11.1 Benennung der Mitglieder des Planungsausschusses**

**11.2 Benennung der stellvertretenden Mitglieder des Planungsausschusses**

**11.3 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Planungsausschusses – deklaratorischer Beschluss**

**12. Information zum integrierten Regionalplan**

**13. Aufnahmeanträge neuer beratender Mitglieder**

**14. Verschiedenes“ (Anlage 9)**

**(Einstimmig dafür)**

**Frau Henze** informiert darüber, dass seitens des VKU (Verband kommunaler Unternehmen e.V.) ein Antrag auf Beraterstatus im Planungsausschuss vorliege. Das allein sei nicht möglich; er müsste beratendes Mitglied in der Regionalversammlung werden. Sie schlägt vor, dies dem VKU so mitzuteilen. Die Regionalversammlung müsse dies dann im Rahmen des TOP13 beschließen.

Frau Henze sagt, dass die ehemaligen beratenden Mitglieder mit der Auflösung der letzten Regionalversammlung ausgeschieden seien. Sie hätten aber die Möglichkeit, sich wieder neu zu bewerben, also einen schriftlichen Antrag auf Mitarbeit als beratendes Mitglied zu stellen.

**Zu TOP 5: MORO – Grenzüberschreitende Synergien von Raumordnung und Wasserwirtschaft im Einzugsgebiet der Oder**

**Herr Kischka** informiert darüber, dass die Regionale Planungsgemeinschaft die Förderzusage erhalten habe, dass man dieses Projekt durchführen könne. Die nächsten Schritte seien, eine Personalstelle zu schaffen und Informationen zusammenzutragen. Voraussetzung für dieses Projekt sei aber auch ein gewisser Eigenanteil in Form von Arbeitsstunden, die seitens der Regionalen Planungsstelle erbracht werden sollen. Insofern sei dies Gegenstand des vorliegenden Beschlussantrages. Im Ergebnis dieses MORO-Projektes soll aus der Sicht der Regionalplanung die Informationsbasis zum Themenfeld Wasserwirtschaft für den neuen Regionalplan erarbeitet werden. Darüber hinaus sollen verschiedene raumordnerische Instrumente auf ihre Anwendbarkeit überprüft werden.

**Frau Henze** berichtet noch kurz über die Schwierigkeiten, die mit der Beantragung des Zuwendungsbescheides einhergingen.

**Herr Kurth** verliest den Beschlussantrag Nr. 157.05 und lässt anschließend darüber abstimmen.

**„Die Regionale Planungsstelle wird beauftragt, die Realisierung der Eigenleistung im Projekt MORO „Grenzüberschreitende Synergien von Raumordnung und Wasserwirtschaft im Einzugsgebiet der Oder“ über die Erbringung von Personalstunden zu gewährleisten. Im Zeitraum vom Projektstart im Jahre 2024 bis zum Projektende im Jahre 2027 sollen dazu insgesamt 460 Stunden (entspricht einem Finanzvolumen von 23.000 €) erbracht werden, was einem Anteil von 10 % am Gesamtvolumen entspricht.“ (Anlage 10)**

**(Einstimmig dafür)**

## **Zu TOP 6: Verschiedenes**

**Frau Henze** informiert darüber, dass im Amt Gartz ein Abwahantrag gegen den Amtsdirektor gestellt worden sei. Morgen werde es dazu im Amtsausschuss eine Entscheidung geben. Sie schlage vor, dass entweder der Vorstand oder sie selbst versuchen solle, wenn es dann eine Neubesetzung gebe, bezüglich der Niederlegung des Verfahrens gegen den Regionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte Kontakt aufzunehmen. Dieses Verfahren sei maßgeblich vom Amtsdirektor betrieben worden und sie wolle versuchen, dafür zu werben, dass man hier zu einer friedlichen Lösung komme. Denn es nütze niemandem und vor allem schade es der Uckermark.

**Herr Kurth** sagt, dass dies ein guter Vorschlag sei und dass die Kollegen aus der Uckermark sich gut abstimmen sollten, wer hier mit wem spreche, weil er die besseren Kontakte habe.

**Herr Schilling** fragt nach, in welchem Status sich dieses Klageverfahren befinde.

**Herr Kischka** informiert darüber, dass dieses Verfahren gegenwärtig ruhe, und man schätze es so ein, dass das Amt Gartz kein Interesse daran habe, dieses Verfahren zu Ende zu führen, was dann auch dafürspreche, es formal einzustellen.

**Herr Kurth** schließt den öffentlichen Teil um 16.45 Uhr, da man keine weiteren Themen im Rahmen dieses TOP zu behandeln habe.

Für die Niederschrift: gez. S. Estel

gez. D. Kurth  
Vorsitzender